56 01-15-10 BSA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 27.10.2026

Berichtsantrag
Haushaltsmittel für Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, über die Planungsgrundlagen, die Wirtschaftlichkeit und die Verwendung der für Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften vorgesehenen Haushaltsmittel für die Jahre 2027 bis 2030 zu berichten.

Der Bericht soll insbesondere folgende Fragen beantworten:

1. Potenzialanalyse und Standortauswahl
- Welche Potenzialanalysen und Gebäudebewertungen liegen vor und inwieweit werden das Solar-Kataster Hessen sowie die im Rahmen des Integrierten Klimaschutzkonzepts vorgesehenen Energiechecks und Gebäudesteckbriefe einbezogen?
- Welche städtischen Gebäude wurden als geeignet identifiziert und nach welchen Kriterien werden Standorte ausgewählt und priorisiert? Welche Projekte sind konkret geplant, in Vorbereitung oder Umsetzung?

2. Wirtschaftlichkeit und finanzieller Nutzen
- Welche Investitionskosten, Stromerträge, Eigenverbrauchsanteile, Einsparungen bei den Strombezugskosten und Einnahmen aus der Einspeisung werden für die einzelnen Projekte erwartet?
- Welche laufenden Kosten und Amortisationszeiten werden angesetzt und auf welchen Annahmen beruhen die Berechnungen?
- Welche Einnahmen erzielt die Stadt bereits aus bestehenden PV-Anlagen, wie haben sich diese entwickelt und welche Einnahmen sind für 2026 sowie für die Jahre 2027 bis 2030 veranschlagt? Auf welchen Prognosen beruhen diese Ansätze?
- Welche zusätzlichen Einnahmen und Einsparungen werden durch die geplanten Anlagen erwartet und wie werden diese den Investitions- und Betriebskosten gegenübergestellt?

3. Haushaltsmittel und Ausbauplanung
- Welche konkreten Projekte sollen mit den vorgesehenen Investitionsmitteln der Jahre 2027 bis 2030 finanziert werden und auf welcher Planungsgrundlage wurden die jeweiligen Ansätze ermittelt?
- Welche Gründe liegen Änderungen gegenüber der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung zugrunde, insbesondere hinsichtlich des für 2027 vorgesehenen Ansatzes?
- Welche zusätzliche PV-Leistung und welche jährlichen Stromerträge, Einnahmen und Einsparungen werden mit den geplanten Investitionen angestrebt.

Begründung:

Die Stadt Fulda verfügt bereits über Grundlagen zur Bewertung des PV-Potenzials ihrer Liegenschaften und hat im Integrierten Klimaschutzkonzept weitere Schritte zur systematischen Erfassung energetischer Potenziale vorgesehen. Es ist daher von Interesse, auf welcher Datengrundlage die weitere Ausbauplanung erfolgt und nach welchen Kriterien geeignete Standorte ausgewählt und priorisiert werden.

Neben dem Beitrag zum Klimaschutz ist der wirtschaftliche Nutzen der Anlagen für den städtischen Haushalt von Bedeutung. Da bereits Einnahmen aus PV-Anlagen veranschlagt werden, sollen deren Entwicklung, die zugrunde liegenden Prognosen sowie die erwarteten zusätzlichen Einnahmen und Einsparungen nachvollziehbar dargestellt werden. Eine Gegenüberstellung mit den Investitions- und Betriebskosten schafft Transparenz über die Wirtschaftlichkeit der bestehenden und geplanten Anlagen und ermöglicht eine fundierte Bewertung der vorgesehenen Haushaltsmittel.



Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

60 01-15-10 BSA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Eing.: 04. Nov. 2025

Fulda, 03.11.2026

Haushaltsantrag
Photovoltaikanlage auf der Stadtgärtnerei

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Stadtgärtnerei hinsichtlich ihrer technischen Eignung und Wirtschaftlichkeit zu prüfen und bei positivem Ergebnis die Umsetzung im Jahr 2027 aus den bereits vorhandenen Haushaltsmitteln für Photovoltaikanlagen auf kommunalen Liegenschaften zu realisieren.

Begründung
Fulda hat sich das Ziel gesetzt, bis 2040 klimaneutral zu werden. Der Ausbau der Photovoltaik auf kommunalen Liegenschaften ist ein konkreter Beitrag dazu und ermöglicht der Stadt zugleich, ihre Energiekosten langfristig zu senken.
Der Antrag knüpft an die Maßnahme KV1 des Klimaschutzkonzepts an, die den Ausbau von Photovoltaik auf kommunalen Liegenschaften sowie eine Potenzialanalyse für Photovoltaik und Solarthermie vorsieht.
Ein möglicher Standort ist die Stadtgärtnerei.
Der Stromverbrauch der gesamten Liegenschaft einschließlich der Außenstelle der Pestalozzi-Schule und der vermieteten Flächen des Black Horse Museums lag 2025 laut dem städtischen Gebäudemanagement bei 52.635 kWh. Eine Photovoltaikanlage mit etwa 55 bis 65 kWp könnte bilanziell eine vergleichbare jährliche Strommenge erzeugen. Dafür wären überschlägig 280 bis 350 m² Modulfläche erforderlich. Die Investitionskosten werden vorläufig auf 80.000 bis 100.000 Euro geschätzt.
Ob und in welchem Umfang eine solche Anlage technisch und wirtschaftlich sinnvoll realisiert werden kann, soll geprüft werden. Bei positivem Ergebnis soll die Umsetzung aus dem bereits vorgesehenen Investitionsansatz für Photovoltaikanlagen auf kommunalen Liegenschaften erfolgen.
Damit wird ein konkretes Ausbaupotenzial erschlossen und die Umsetzung der im Klimaschutzkonzept vorgesehenen Maßnahmen vorangebracht.

Jochen Kohlert

Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

22

01-15-20 BSA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178
mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 01-15-20
Prüfantrag LED-Klemmleuchten für die Tische der Stadtverordneten im Fürstensaal

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion beantragt die Prüfung der Beschaffung von LED-Klemmleuchten für die Tische der Stadtverordneten im Fürstensaal.

Begründung:

In der Vergangenheit gab es immer wieder Rückmeldungen aus den Reihen der Stadtverordneten, dass die Lichtverhältnisse während der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, besonders in der dunkleren Jahreszeit, sehr unzureichend sind.
Da die Leuchtstärke im historischen Fürstensaal nicht beliebig veränderbar ist, sollen die Klemmleuchten an den Tischen zu einer Verbesserung der Lichtverhältnisse beitragen.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

(23)

01-15-20 BSA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178 mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 01-15-20
Anschaffung digitale Headsets

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Die CDU- Stadtverordnetenfraktion beantragt:
Die Anschaffung von zwei digitalen, kabellosen Headsets zur Nutzung bei städtischen Veranstaltungen und Vorträgen aus laufenden Haushaltsmitteln.

Begründung:
Bei städtischen Veranstaltungen stehen den Vortragenden bislang überwiegend herkömmliche Handmikrofone zur Verfügung. Dies kann insbesondere bei längeren Vorträgen, Präsentationen oder moderierten Veranstaltungen die Bewegungsfreiheit und die Möglichkeiten der Präsentation erheblich einschränken.
Der Einsatz von kabellosen Headsets ermöglicht es den Vortragenden, frei zu sprechen, beide Hände für ihre Präsentation zu nutzen und sich bei Bedarf im Raum zu bewegen. Dadurch werden sowohl der Komfort für die Vortragenden als auch die Qualität und Professionalität der Veranstaltungen verbessert. Die Anschaffung von zwei Headsets stellt eine sinnvolle und überschaubare Investition dar, die eine flexible Nutzung bei unterschiedlichen Veranstaltungsformaten ermöglicht.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

57 01-15-30 BSA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 21.10.26

Haushaltsantrag
Reinigung Keller-Archiv im Stadtschloss

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt für das HH-Jahr 2027 eine gründliche Reinigung des Archivgewölbes nach Maßgaben der Archivleitung, und beantragt gleichzeitig, dass die Reinigung der wichtigen Archivalien und des Aufbewahrungsraumes zukünftig einmal jährlich erfolgt.

Begründung
Unser Stadtarchiv ist digital bereits sehr gut aufgestellt, aber selbstverständlich werden auch weiterhin Unterlagen physisch aufbewahrt. Die sorgfältige und sachgerechte Aufbewahrung der Archivalien ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Zu den größten Feinden von Archivalien gehören Feuchtigkeit, Mikroben oder Schädlinge.

Im Stadtschloss lagern im Archivalien Gewölbekeller. Die Räumlichkeiten sind eigentlich zu feucht, dazu kommt, dass sie seit Jahren nicht gründlich gereinigt wurden. Die Folge: Schmutz und Staub. Beides ist ein Nährboden für zerstörerische Mikroben. Staub besteht zum größten Teil aus organischen Substanzen, von denen Mikroben sich leicht ernähren können. Und: Staub hat hygroskopische Eigenschaften, er zieht Feuchtigkeit aus der Raumluft an und speichert sie direkt auf den Oberflächen der Dokumente. Fehlende Reinigung führt also zur Beschädigung oder Vernichtung von Archivbeständen.

Jutta Hamberger

i.V. Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

88 01-16-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Die Stadtverordnetenversammlung
Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

für den Einsatz von emissionsarmen, akkubetriebenen Laubbläsern im städtischen Betrieb sowie für die Anpassung von Verträgen mit Unternehmen, die die Arbeiten für die Stadt verrichten, einen Betrag von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:
Zu umweltschädlichen Emissionen gehört auch Lärm. Es muss also im Sinne einer gesunden Umwelt aber auch zum Schutz der Gesundheit der Bürger geschaut werden, wo Lärm vermeidbar ist. Die Stadt selbst oder durch die von ihr beauftragten Unternehmer verursacht durch die durchaus erforderliche Instandhaltung der Grünflächen und Reinhaltung der Gehwege erhebliche Lärmemissionen durch die Verwendung von Geräten mit Benzinantrieb (Gebläse, Mäher usw.). Diese Lärmemissionen, die zu erheblichen Immissionen in der Innenstadt in der Nähe von Bürogebäuden, Schulen, Kindergärten, Senioreneinrichtungen und Wohnungen führen. Diese Immissionen sind durch die Reduzierung der Emissionen durch Verwendung von deutlich emissionsärmeren akkubetriebenen Elektrogeräten vermeidbar

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Dr. Szymon Mazur

58 02-20-40 BSA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0179 1021652

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 03.11.2026

Haushaltsantrag
Anschaffung mobiler Geschwindigkeitsanzeigetafeln

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, im Haushalt 2027 6.000 Euro für die Anschaffung von zwei weiteren mobilen digitalen Geschwindigkeitsanzeigetafeln mit Smiley-Anzeige bereitzustellen. Damit soll die bestehende Ausstattung der Stadt Fulda ergänzt werden, die bereits über zwei entsprechende Geräte verfügt.
Die mobilen Anzeigetafeln sollen flexibel an unterschiedlichen Standorten im Stadtgebiet eingesetzt werden können. Ein möglicher Einsatzbereich ist beispielsweise die Niesiger Straße zwischen dem Ortseingang aus Richtung Horas und der Einmündung des Gerloser Wegs in Höhe des Lidl-Marktes.

Begründung:
In verschiedenen Bereichen des Stadtgebiets entstehen durch nicht angepasste Geschwindigkeit Gefahrensituationen. In der Niesiger Straße kommt es beispielsweise im Abschnitt zwischen dem Ortseingang aus Richtung Horas und dem Gerloser Weg immer wieder zu gefährlichen Situationen und Beschädigungen an geparkten Fahrzeugen.
Digitale Geschwindigkeitsanzeigetafeln mit Smileys geben Autofahrerinnen und Autofahrern eine unmittelbare und leicht verständliche Rückmeldung zu ihrem Fahrverhalten. Sie können dazu beitragen, die Geschwindigkeit zu reduzieren und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Nach den Erfahrungen anderer Kommunen können solche Anzeigen die gefahrene Geschwindigkeit deutlich senken.
Durch die Anschaffung zweier weiterer mobiler Geräte wird die bestehende Ausstattung der Stadt ergänzt. So können die Anzeigetafeln flexibel und bedarfsgerecht an unterschiedlichen Gefahrenstellen eingesetzt werden, statt dauerhaft nur an einem Standort installiert zu sein.
Die Kosten für zwei Geräte einschließlich der erforderlichen Ausstattung werden mit rund 6.000 Euro veranschlagt.

Ernst Sporer

i.V. Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

61 02-20-40 BSA

Stadtfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 03.11.2026

Haushaltsantrag

Zukunft der Friedrichstraße gemeinsam gestalten

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, im Haushalt 2027 12.500 Euro für eine stadtweite Bürgerbeteiligung zur zukünftigen Gestaltung der Friedrichstraße bereitzustellen. Der Magistrat wird beauftragt, im Jahr 2027 einen entsprechenden Beteiligungsprozess durchzuführen. Hierzu soll insbesondere das Beteiligungsportal Hessen genutzt werden, um allen Fuldaer Bürger:innen die Möglichkeit zur Beteiligung zu geben. Ergänzend sind Anwohnende, Gewerbetreibende, Gastronomiebetriebe sowie relevante Interessenvertretungen, z.B. des Beirats der Menschen mit Behinderung, gezielt einzubeziehen.

Die verschiedenen Gestaltungsmöglichkeiten sollen ergebnisoffen zur Diskussion gestellt werden. Dabei ist insbesondere auch die Umwandlung in eine Fußgängerzone einzubeziehen. Die Ergebnisse sind öffentlich zugänglich zu machen und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung:
Die Zukunft der Friedrichstraße beschäftigt die Fuldaer Stadtpolitik seit vielen Jahren. Trotz wiederholter Debatten, Schlagabtausche, aber auch Befragungen konnte bislang keine abschließende Lösung gefunden werden.
Als zentrale Straße mitten in der Innenstadt betrifft ihre zukünftige Gestaltung besonders, aber ebend nicht nur die Menschen, die dort wohnen oder ein Geschäft betreiben. Sie ist auch für viele andere Fuldaer:innen von Bedeutung. Deshalb wollen wir sowohl die Erfahrungen der unmittelbar Betroffenen als auch die Perspektiven der gesamten Stadtbevölkerung einbeziehen.
Eine transparente und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung schafft eine breitere Grundlage für die weitere Entscheidungsfindung. Ziel ist es, die langjährige Debatte gemeinsam mit den Bürger:innnen zu einem Ergebnis zu führen.

i.V. Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

66

02-20-40 BSA

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 • 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de • ute@riebold.eu

Fulda, 04.11.2026

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027

Beratung →BSA

Produkt 02-20-40 Straßenverkehrsangelegenheiten

UR02

Stadtbild verbessern – Friedrichstraße als Lebensraum gestalten

Beschlussvorschlag
Die Friedrichstraße wird als Bereich für den Fuß- und Radverkehr gestaltet und so zum Lebens- und Erholungsraum für die Menschen dieser Stadt sowie ihre vielen Besucher*innen. Für den Anlieferverkehr bleibt die Straße offen.

Begründung
Der Belag der Friedrichstraße ist im Bereich der Fahrbahn mittlerweile barrierefrei. Für den motorisierten Verkehr macht die teure barrierefreie Pflasterung wenig Sinn. Nur der Fuß- und Radverkehr kann von dieser Investition partizipieren – sofern der Autoverkehr diesen nicht auch weiterhin so stark einschränkt und behindert.

Die Friedrichstraße ist ein beliebter Fußweg zwischen Barockviertel und Uniplatz sowie dem Kneipenviertel. Insbesondere auch Tourist*innen und Einhörner nutzen diese Verbindung gern. Doch die Friedrichstraße wird dominiert von motorisiertem Individualverkehr. Durchfahrende Kraftfahrzeuge, Parksuchverkehr und nicht zuletzt parkende Autos schränken Zufußgehende in hohem Maße ein. Für Radelnde ist die Nutzung dieser Straße unkomfortabel und nicht ungefährlich. Auch für die Gäste der Außengastronomie sind Durchgangsverkehr, Parksuchverkehr und Autoposer unerfreulich.

Unschwer ist erkennbar, dass die dort Parkenden nur zu einem geringen Anteil in der Friedrichstraße einkaufen oder speisen wollen und im direkten Umfeld ausreichend Parkraum vorhanden ist. Temporäre Sperrungen verdeutlichen, dass der Durchgangsverkehr andere Wege findet und die Welt ebenso wie die Friedrichstraße nicht zugrunde gehen wird, wenn die Straße dem Rad- und Fußverkehr vorbehalten würde. Mittlerweile haben auch viele Gewerbetreibende das Potenzial einer Fußgängerzone erkannt. Es wäre für alle so viel einfacher, die Verkehrsführung wegen der temporären Sperrungen nicht dauernd ändern zu müssen.

Ute Riebold

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin

Wir lieben dich!
Die PARTEI

Die PARTEI

95 02-20-40 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

die Markierung des Radschutzstreifens in der Haimbacher- und der Merkurstraße zu erneuern.

Begründung:
Die Markierungen sind größtenteils nicht mehr zu erkennen.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Dr. Thomas Bobke

108 02-20-40 BSA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Stadtverordnetenvo...
Eing.: 05. Nov. 2026

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027

Betreff: Verbesserung der Verkehrssicherheit an Schulen und Kindertagesstätten

ANTRAGSTEXT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat im Haushaltsjahr 2027 alle Schul- und Kita-Wege in Fulda auf Gefahrenstellen überprüft und notwendige bauliche oder verkehrsrechtliche Maßnahmen (z. B. Tempo-30-Zonen, Zebrastreifen) umsetzt.

BEGRÜNDUNG

Der tägliche Schulweg birgt für viele Kinder in Fulda vermeidbare Risiken. Unübersichtliche Straßenquerungen, zu schnell fahrender Durchgangsverkehr und zugestellte Sichtbeziehungen an Kreuzungen im Schulumfeld gefährden Schülerinnen und Schüler, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind. Der verlässliche Schutz der jüngsten und schwächsten Verkehrsteilnehmer auf ihrem Weg zur Schule ist eine fundamentale städtische Fürsorgepflicht und ein gelebter Ausdruck von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe. Im Sinne der „Vision Zero" (keine schwerverletzten oder getöteten Kinder im Straßenverkehr) hat die Herstellung maximaler Schulwegsicherheit oberste Priorität. Durch die Fokussierung auf drei Pilotschulen im Jahr 2027 können drängende Gefahrenstellen schnell, pragmatisch und wirksam entschärft werden. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen als Vorbild für die schrittweise Optimierung aller Schulwege im gesamten Stadtgebiet. Durch die Inanspruchnahme bestehender Landesfördermittel für Schulwegsicherheit und Nahmobilität sowie zielgerichtete Umschichtungen im laufenden Instandhaltungs- und Mobilitätsbudget lässt sich die Initiative ohne zusätzliche Neuverschuldung realisieren. Erfahrungen aus Städten wie Kassel und Marburg belegen, dass systematische Schulweg-Checks und gezielte baulich-markierungstechnische Entschärfungen die Sicherheit auf den Wegen zu Grund- und weiterführenden Schulen signifikant erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Kaffo

Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

(69)

09-10-10 BSA

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 · 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de · ute@riebold.eu

Fulda, 04.11.2026

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027

Beratung →BSA

Produkt 12-10-10 Bereitstellung von Gemeindestraßen

UR05

Stadtbild verbessern – Uniplatzes überplanen

Beschlussvorschlag
Für den Universitätsplatz wird eine Planung mit dem Ziel erstellt, auch während Hitzeperioden eine gewisse Aufenthaltsqualität zu ermöglichen. In einem ersten Schritt geht es darum, darzulegen, welche Maßnahmen möglich und sinnvoll wären.

Begründung
Je heißer das Wetter, umso unwirtlicher ist dieser zentrale Ort der Innenstadt. Während sommerlicher Temperaturen geht dessen Aufenthaltsqualität gegen Null.

Ute Riebold

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin

Immerhin schönes Wetter.
Die PARTEI

(63) 09-10-20 BSA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0179 1021652

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 03.11.2026

Prüfantrag
Mit dem Rad von den Fulda-Auen zum Hauptbahnhof – sichere Wege und gute Abstellmöglichkeiten

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt zu prüfen, wie eine durchgehende Radverkehrsverbindung zwischen den Fulda-Auen und dem Hauptbahnhof auf Grundlage der Maßnahme L38 des Radverkehrskonzepts der Stadt Fulda aus dem Jahr 2020 zu realisieren ist.

Überprüft werden sollen:

- Die vorgesehene Streckenführung über Robert-Kircher-Straße, Mittelstraße, Ohmstraße, Peterstor, Petersgasse, Nikolausstraße und Ruprechtstraße betrachtet werden,
- die Frage, ob diese Streckenführung realisiert wurde oder ob alternative Routen beziehungsweise Streckenabschnitte eine bessere Lösung darstellen,
- welche Anpassungen bei Verkehrsführung, Markierungen und Beschilderung erforderlich sind, um die Verbindung für Radfahrende sicherer und attraktiver zu gestalten,
- welche baulichen Maßnahmen gegebenenfalls notwendig sind,
- wo die Ausweisung von Fahrradvorrangstraßen oder anderen geeigneten Vorrangregelungen möglich ist
- und an welchen Standorten zusätzliche und hochwertige Fahrradabstellanlagen sinnvoll sind.

Geeignete Fördermöglichkeiten von Land, Bund und EU sollen ermittelt und hinsichtlich ihrer Voraussetzungen geprüft werden. Die Ergebnisse einschließlich einer Kostenschätzung und eines möglichen Zeitplans sollen der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung vorgelegt werden.

Begründung
Bereits das Radverkehrskonzept der Stadt Fulda aus dem Jahr 2020 sieht mit der Maßnahme L38 eine durchgehende Radverkehrsverbindung zwischen den Fulda-Auen und dem Hauptbahnhof vor. Ziel ist es, diese Planung auf ihre Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und die Verbindung bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.
Eine klare Verkehrsführung, gut erkennbare Markierungen und Beschilderungen sowie gegebenenfalls bauliche Anpassungen können dazu beitragen, die Sicherheit und Attraktivität der Strecke zu erhöhen. Eine gute Anbindung des Hauptbahnhofs erleichtert zudem die Verknüpfung von Fahrrad und öffentlichem Nahverkehr. Auch die Anbindung des Fulda-Radwegs R1, die Schulwegsicherheit und die Erreichbarkeit der Innenstadt können davon profitieren.

Jochen Kohlert



i.V. Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

94 09-10-20 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

ein aktualisiertes Gesamtkonzept für die Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel in der Stadt Fulda zu erarbeiten, das die Möglichkeit der gefahrlosen Teilnahme am Verkehr ermöglicht, um über die Hauptverbindungswege und vom Bahnhof aus die Innenstadt zu erreichen.

Für diese Erarbeitung des Gesamtkonzeptes sind Honorarkosten von 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:
In Fulda gibt es zwar viele Fahrradwege, aber kein Fahrradwegenetz, welches die gefahrlose Nutzung des Fahrrads als Verkehrsmittel ermöglicht. So enden Fahrradwege an Verkehrsinseln oder mitten auf der Straße, ohne dass es auch für die Autofahrer erkennbar ist (so Leipziger Straße, Magdeburger Straße und Künzeller Straße, wo der Fahrradweg bezeichnenderweise auf dem Friedhof endet). Vom Bahnhof in Fulda gibt es keine Fahrrad-taugliche Verbindung in die Innenstadt. Auf der Bahnhofstraße ist zwar die Nutzung des Fahrrads erlaubt, es kommt aber zu zahlreichen Gefahrensituationen zwischen Fahrradfahrern, Nutzern von E-Scootern (die verbotenerweise genutzt werden, was von der Stadt geduldet wird) und Fußgängern. Zudem hat sich die Gesamtsituation seit Erstellung des letzten Verkehrsentwicklungsplanes durch die zunehmende Nutzung von E-Bikes grundlegend geändert.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Dr. Szymon Mazur

09-10-30 BSA

33

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178 mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 14-10-10
Berichtsantrag zum Bodenschutzkonzept und daraus abzuleitender möglicher Projekte

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fertigstellung des kommunalen Bodenschutzkonzeptes wird bis März 2027 erwartet.

Die CDU-Fraktion beantragt einen Bericht zum Bodenschutzkonzept und daraus abzuleitender möglicher Projekte.

Teil des Berichts soll auch eine Einordnung zum Landschaftsplan sein.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

09-10-40 BSA

(29)

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178 mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 09-10-40
Berichtsantrag Gestaltungs-/ Begrünungsmaßnahmen in der Neuenberger Straße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

für 2027 sind Gestaltungs-/ Begrünungsmaßnahmen in der Neuenberger Straße vorgesehen.

Die CDU-Fraktion stellt im Rahmen der Haushaltsberatungen zu dem o.g. Produktbereich einen Berichtsantrag zum Planungsstand.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

47

09-10-40 BSA

Stadt Fulda FDP

FREIE WÄHLER Stadt Fulda

FGG FULDA GEMEINSAM GESTALTEN

FDP/FW/FGG Stadtverordnetenfraktion Fulda · Auf der Röd 11 · 36041 Fulda

Stadt Fulda
Büro der Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Margarete Hartmann
Schlossstr. 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

FDP/FW/FGG
Stadtverordnetenfraktion Fulda

Auf der Röd 11 - 36041 Fulda
Tel. +49 170 81031730
Mail. michael.th.grosch@gmail.com

Sparkasse Fulda
IBAN: DE14 5305 0180 0000 0531 12
BIC: HELADEF1FDS

Fulda, 02.11.2026

Haushaltsantrag zum Haushalt 2027
Gestaltung des Umfeldes der Langen Brücke und Anbindung zum Fluss

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

im Zusammenhang mit der Erneuerung der Langen Brücke und dem Umbau des Betriebshofs an der Weimarer Straße zum Museum der Deutschen Feuerwehren und des Technischen Hilfsdienstes wird die Stadt Fulda auch das Umfeld, die Plätze und die Wegebeziehungen neu planen und gestalten.

Die Planung wird die Lange Brücke, die Langebrückenstraße, die angrenzenden Grün- und Uferflächen, den Parkplatz Weimarer Straße sowie den Bereich am vorgesehenen Museumsstandort umfassen. Dabei werden folgende Ziele Berücksichtigung, die sich bereits im Geschäftsgang der Verwaltung befinden:

- eine Gestaltung der Straßen-, Platz- und Grünflächen mit Bäumen, Sitzgelegenheiten, ausreichender Beschattung und einer möglichst geringen Flächenversiegelung;
- ein einladender, barrierefreier Museumsvorplatz sowie sichere und gut erkennbare Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen Innenstadt, Museum und Fulda-Aue;
- eine Neuordnung des Parkplatzes Weimarer Straße unter Beibehaltung der Wohnmobilstellplätze im derzeit vorgesehenen Umfang, Berücksichtigung des übrigen Stellplatzbedarfs und Einbeziehung geeigneter Fahrradabstellanlagen.

Die FDP/FW/FGG-Stadtverordnetenfraktion Fulda beantragt, der Magistrat wird ferner beauftragt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu untersuchen, wie die Fulda und ihre Uferbereiche in die Gesamtplanung eingebunden und öffentlich zugängliche Aufenthaltsbereiche möglichst unmittelbar am Wasser geschaffen werden können.

Begründung

Die Erneuerung der Langen Brücke und die geplante Museumsnutzung auf dem Gelände des Betriebshofs bieten die Chance, den gesamten Bereich als attraktiven Stadteingang und als Verbindung zwischen Innenstadt und Fulda-Aue weiterzuentwickeln. Voraussetzung dafür ist, Straßenraum, Parkplatz, Grün- und Uferflächen sowie den Museumsvorplatz als zusammenhängenden öffentlichen Raum zu betrachten und aufeinander abgestimmt zu planen.

Eine solche Gestaltung kann an dieser Stelle zusätzliche zugängliche Aufenthaltsbereiche am Fluss ermöglichen und damit den namensgebenden Fluss stärker in Fulda einbinden.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

59 09-10-40 BSA

Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 22.10.2026

Haushaltsantrag
Sportmöglichkeiten an öffentlichen und frei zugänglichen Plätzen, Platten in der Fulda-Aue

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in Zukunft vermehrt Sportmöglichkeiten auf öffentlichen Plätzen zu errichten, die mehr sind als ‚nur' Kinderspielplätze. So sollen aus laufenden Haushaltsmitteln zwei frei zugängliche Tischtennisplatten zusätzlich zu der schon bestehenden frei zugänglichen Teqball-Platte in der Fulda-Aue errichtet werden. Die Tischtennisplatten sollen in der Fulda-Aue im Umfeld des Skateparks entstehen. Dabei ist zu prüfen, welche Art von Platten und welche Standorte geeignet sind, um eine langlebige und geeignete Sportmöglichkeit für alle zu garantieren. Im Zuge der Errichtung sollen die Möglichkeiten anderer frei zugänglicher Sportmöglichkeiten in der Stadt Fulda geprüft werden, eruiert werden soll überdies, wie stark frequentierte Orte ausgestattet sind.

Begründung
Tischtennis ist ein sehr gesunder und niedrigschwellig spielbarer Sport, der gerade in Fulda als Standort einer Bundesliga-Mannschaft besonderen Stellenwert hat. Teqball verbindet Bewegungen aus mehreren Sportarten mit Tischtennis.
Aus unserer Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung vom 24.06.2026 wurde ersichtlich, dass die allermeisten Tischtennisplatten auf Kinderspielplätzen liegen. Platten an frei zugänglichen öffentlichen Orten würden mehr Menschen den Zugang ermöglichen und diese Sportarten fördern.
Es sollte der Stadt ein Anliegen sein, mehr frei zugängliche Sportmöglichkeiten anzubieten, um viele Menschen für Sport im Alltag zu begeistern. Der Skatepark in der Fulda-Aue ist ein stark frequentierter Ort, der im Naherholungsgebiet der Aue für Sportmöglichkeiten geradezu prädestiniert ist.

Carl Vogel

i.V. Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
der Stadtfraktion Fulda

100 09-10-40 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

am Skate- und Bewegungspark in der Fulda-Aue eine Sanitäreinrichtung (Toilettenanlage) aufzustellen und deren regelmäßige Reinigung und Erhaltung zu gewährleisen.

Für die Anmietung, Aufstellung, Wartung und Reinigung der mobilen Toilettenanlage ist ein geschätztes Budget in Höhe von 15.000,- Euro in den Haushalt 2027 einzustellen.

Begründung:

Im Juni 2025 wurde der neue Skate- und Bewegungspark in der Fulda-Aue offiziell eröffnet. Seit seiner Inbetriebnahme hat sich das Areal zu einem herausragenden Anziehungspunkt für Kinder, Jugendliche, Familien sowie Sportbegeisterte aus dem gesamten Stadtgebiet und der Region entwickelt. Insbesondere in den Sommermonaten ist die Anlage von den frühen Morgenstunden bis spät in den Abend hinein durchgehend stark frequentiert und voll ausgelastet. Auch in der übrigen Zeit wird die Anlage witterungsabhängig von vielen Menschen genutzt.

Trotz des großen Erfolges und der hohen Aufenthaltsqualität weist die Infrastruktur vor Ort ein gravierendes Manko auf: Es fehlt an einer direkt zugänglichen, öffentlichen sanitären Einrichtung. Die derzeitige Ausweichmöglichkeit auf die Toiletten des benachbarten Deutschen Feuerwehrmuseums stellt weder für den Museumsbetrieb noch für die Nutzerinnen und Nutzer des Bewegungsparks eine tragfähige Lösung dar. Aufgrund der zeitlich begrenzten regulären Öffnungszeiten des Museums stehen diese Sanitäranlagen in den späten Nachmittags- und Abendstunden sowie an feiertags- oder veranstaltungsbedingten Schließtagen nicht zur Verfügung. Zudem kann von einem Museumsbetrieb nicht erwartet werden, den Publikumsverkehr einer stark frequentierten Freizeitanlage dauerhaft mitzuversorgen.

Infolgedessen kommt es seit der Eröffnung im Umfeld des Parks regelmäßig zu Ausweichverhalten („Wildpinkeln"). Dies stellt nach § 118 OWiG nicht nur eine Ordnungswidrigkeit

dar, sondern führt insbesondere in den warmen Sommer- und Höchstnutzungsmonaten zu erheblichen hygienischen Missständen, Geruchsbelästigungen sowie Beeinträchtigungen des angrenzenden Natur- und Naherholungsraums der Fulda-Aue.

Die finanzielle Umsetzbarkeit einer kurzfristigen Abhilfe ist gegeben: Wie Stadtbaurat Daniel Schreiner im Rahmen seiner Eröffnungsrede im Juni 2025 betonte, konnte der budgetiere Kostenrahmen für die Maßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von 2,5 Mio. Euro offensichtlich unterschritten werden. Aus diesen erzielten Einsparungen stehen somit vorhandene Mittel zur Verfügung, um die bestehende Versorgungslücke durch die Aufstellung einer Toilettenanlage zu schließen und das Freizeitangebot in der Fulda-Aue für die Nutzer der Anlage sowie für alle Bürger, welche die Fulda-Aue zur Erholung nutzen wollen, vollends abzurunden.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatterin:
Christine Fischer

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

92 09-11-30
BSA

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

eine Bestandsaufnahme von unbebauten Grundstücken oder Teilgrundstücken in Gewerbegebieten zu erstellen, um eine mögliche Nutzung als Wohnbebauung zu prüfen.

Für diese Bestandsaufnahme sind Honorarkosten von 20.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:
Innerhalb von Gewerbegebieten/ Mischgebieten – sind viele Flächen unbebaut.

Dort, wo eine gemischte Nutzung möglich wäre, soll das mögliche Potenzial für eine Wohnbebauung gehoben werden.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Dr. Thomas Bobke

91 10-10-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2025

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt

eine Kommunale Bestandsaufnahme, um zu ermitteln, welche bestehenden Gewerbeimmobilien oder Teilflächen von diesen für eine Umnutzung zu Wohnzwecken in Frage kommen.

Für diese Erhebung sind für Honorarkosten 20.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:
Während Wohnraum knapp ist, entsteht zurzeit ein Überhang von Büro- und Gewerbeflächen durch den Wandel der Arbeitswelt und dem Konsumverhalten der Bevölkerung.

Seit dem 30.Oktober 2025 erleichtert der sogenannte „Bau Turbo" (§ 246e BauGB) die Umnutzung bestehender Gebäude. Die Regelung ist zunächst bis 31. Dezember 2030 befristet. Es gilt diesen Zeitraum zu nutzen.

Seit 2026 fördert der KfW- Zuschuss die Umwidmung von Gewerbeflächen zu Wohnflächen mit bis zu 30.000 € je Wohneinheit.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Dr. Thomas Bobke

8 10-20-10 BSA

Die Linke
Kreisverband Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Stadtverordneter Robin Burkard
robin.burkard@die-linke-fulda.de

Stadtverordnetenvorsteherin Margarete Hartmann
Stadtschloss; Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Fulda, den 26.10.2026

Haushaltsanträge zum Haushaltsplan 2027 der Stadt Fulda

Antrag 08 – Grundsatzbeschluss: zur sozialen Wohnraumquote und zur Transparenz bei der Wohnbauförderung

Der Oberbürgermeister verweist in seiner Haushaltsrede auf Rekordzahlen bei den Baugenehmigungen. Diese Zahlen sagen jedoch nichts darüber aus, wie viel des entstehenden Wohnraums dauerhaft bezahlbar ist.

Für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen zählt allein, wie viel dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundener Wohnraum entsteht. Betroffen sind Produkt 10-20-10 „Wohnbauförderung" und ergänzend Produkt 09-11-30 „Liegenschaftsverwaltung und Bodenordnung".

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Grundsatzbeschluss, dass bei der Entwicklung städtischer Wohnbauflächen ein angemessener Anteil dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundener Mietwohnungen angestrebt wird; als Zielgröße wird eine Quote von 30 % festgelegt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die Kriterien für die Vergabe städtischer Grundstücke (Produkt 09-11-30) entsprechend anzupassen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Quote ist bei der Vergabe städtischer Grundstücke vertraglich und dinglich (Grundbuch) zu sichern.

3. Der Magistrat legt künftig jährlich im Rahmen der Haushaltsberatungen dar, wie viele der genehmigten und geförderten Wohneinheiten dauerhaft mietpreis- und belegungsgebunden sind und wie viele Bindungen im Berichtsjahr ausgelaufen sind.

Begründung:

Rekordzahlen bei Baugenehmigungen helfen Menschen mit kleinem Einkommen nur, wenn ein relevanter Teil des Wohnraums dauerhaft gebunden und bezahlbar ist.

Der Antrag ist als Grundsatz- und Richtlinienauftrag gefasst. Eine Zielquote bei städtischen Grundstücken ist ein wirksamer und haushaltsneutraler Hebel, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und die soziale Durchmischung der Stadt zu erhalten, weil Appelle und Absichtserklärungen folgenlos bleiben, verbindliche Vorgaben dagegen wirken. Die gewählte Zielgröße ist dabei kein gegriffener Wert, sondern ein in vielen deutschen Städten etablierter Standard. Die Quote kann über die Grundstücksvergabe und die Bauleitplanung durchgesetzt warden.

Entscheidend ist: Die Stadt verlangt die Quote nicht von jedem privaten Bauherrn, sondern setzt sie dort an, wo sie selbst am Hebel sitzt – bei der Vergabe eigener Grundstücke für Mietshäuser bzw. -wohnungen.

Mit freundlichen Grüßen

Robin Burkard (Die Linke)

41 10-20-10 BSA

FDP Stadt Fulda | FREIE WÄHLER Stadt Fulda | FGG
STADTVERORDNETENFRAKTION FULDA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 02.11.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 10-20-10
Erhöhung der Wohnungsbauförderung um 100.000,00€

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Zuschüsse im Rahmen des städtischen Wohnungsbau-Förderprogramms haben in der Vergangenheit zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum beigetragen. Im Haushaltsplan sind hierfür aktuell 1.900.000,00 € angesetzt.

Die Fraktionen CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP-FW-FGG beantragen gemeinsam, den Ansatz um 100.000,00€ auf 2.000.000,00 € zu erhöhen. Mit den aus 2025 zu übertragenden Mitteln stehen damit in 2027 erneut ca. 2.500.000,00 € zur Wohnungsbauförderung zur Verfügung.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende CDU)

Marie-Louise Puls
(Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 Die Grüne)

Michael Grosch
(Fraktionsvorsitzender FDP-FW-FGG)

98 10-20-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

den Ansatz für die Gewährung von Wohnungsbaufördermittel im Finanzhaushalt 10-20-10 von 1.900.000 € auf 2.500.000 € zu erhöhen.

Die Mittel sollen vorrangig von nicht profitorientierten Akteuren (z.B. Wohnungsbaugenossenschaften) in Anspruch genommen werden können.

Begründung:
Wohnen ist weiterhin eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit. Trotz aller kommunalen Anstrengungen sind die Mieten in Fulda in den letzten Jahren deutlich überdurchschnittlich angestiegen. Die Förderung bezahlbaren Wohnraums ist daher weiterhin unbedingt erforderlich.
Zwar wäre es aus Sicht der SPD-Fraktion vorzuziehen, wenn die Stadt eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen würde. Jedoch hat das Wohnungsbauförderprogramm den Bau bezahlbaren Wohnraums vorangebracht. Dabei haben in den letzten Jahren ausschließlich nicht profitorientierte Akteure von den Mitteln profitiert, sodass die geförderten Wohnungen auch nach Ablauf der Mietpreisbindung dauerhaft günstig bleiben dürften.

Die Absenkung des Haushaltsansatzes im Vergleich zum Haushalt 2026 ist nicht sinnvoll. Zumal der bisherige Haushaltsansatz im Wesentlichen durch bereits erteilte Zusagen gebunden ist.

Jonathan Wulff
-Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Jonathan Wulff

(9) 12-10-10 BSA

Die Linke
Kreisverband Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Stadtverordneter Robin Burkard
robin.burkard@die-linke-fulda.de

Stadtverordnetenvorsteherin Margarete Hartmann
Stadtschloss; Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Fulda, den 26.10.2026

Haushaltsanträge zum Haushaltsplan 2027 der Stadt Fulda

Antrag 09 – Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum

Der Oberbürgermeister benennt in seiner Haushaltsrede den Bedarf an barrierefreiem Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Im Entwurf ist dieser Bedarf jedoch nicht mit Mitteln hinterlegt.

Barrierefreiheit ist Voraussetzung gleichberechtigter Teilhabe und nach dem Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetz eine öffentliche Aufgabe. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen (abgesenkte Bordsteine, barrierefreie Haltestellen, Leitsysteme) sind überwiegend investiver Natur und daher im Finanzhaushalt bzw. Investitionsprogramm zu veranschlagen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Teilfinanzhaushalt des Produktbereichs 12 (Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV) bzw. im Investitionsprogramm wird ein investiver Ansatz „Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum" in Höhe von 150.000 € eingestellt (u. a. abgesenkte Bordsteine, barrierefreie Haltestellen, Leitsysteme).
2. Deckung: Mehrerträge aus Antrag 01 (Konto 5553000, Gewerbesteuer); ergänzend sind zweckgebundene Landesfördermittel zur Barrierefreiheit zu beantragen.

Begründung:

Der Oberbürgermeister benennt den Bedarf an barrierefreiem Wohnraum selbst, ohne ihn im Entwurf mit Mitteln zu hinterlegen. Barrierefreiheit ist Voraussetzung dafür, dass ältere Menschen und Menschen mit Behinderung gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilhaben können, auch über §54 HBO (Barrierefreies Bauen) hinaus.

Da es sich überwiegend um investive Maßnahmen handelt, erfolgt die Veranschlagung korrekt im Finanzhaushalt bzw. Investitionsprogramm und nicht im Ergebnishaushalt. Angesichts der Alterung der Stadtgesellschaft ist dies eine vorausschauende Investition. Die Kosten von 150.000 € sind über die Mehrerträge aus Antrag 01 sowie über einzuholende Fördermittel gedeckt und verhältnismäßig.

Mit freundlichen Grüßen

Robin Burkard (Die Linke)

65 12-10-10 BSA

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 • 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de • ute@riebold.eu

Fulda, 04.11.2026

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027

Beratung →BSA

Produkt 12-10-10 Bereitstellung von Gemeindestraßen

UR01

Stadtbild verbessern – Radfahren gefährdet noch immer unsere Gesundheit

Beschlussvorschlag
Für den „Radwegebau allgemein" ist ein Ansatz von 300.000 € zu bilden. Das entspricht dem Ansatz der Planung, die das Investitionsprogramm im Haushaltsplan 2026 für das Jahr 2027 vorsieht.

Begründung
Bei den Haushaltsberatungen 2024 wurde der Haushaltsansatz "Radwegebau allgemein" folgendermaßen definiert:

Die Mittel aus dem Ansatz „Radwegebau allgemein" sind für kleinere Radwegeprojekte vorgesehen, die bei Aufstellung des Haushaltes noch nicht bekannt und geplant sind. Mit diesen Mitteln kann z.B. kurzfristig und flexibel auf Erkenntnisse und Hinweise aus der Meldeplattform Radverkehr reagiert werden. Für größere Projekte werden im Haushalt separate Titel mit eigenen Investitionsnummern und eindeutiger Benennung ausgewiesen.

Die für das laufende Haushaltsjahr 2026 eingestellten 450.000 € für solche kleineren Radwegeprojekte sind ein guter Anfang hin zu einer besseren Benotung der Stadt Fulda beim nächsten ADFC-Fahrradklima-Test – sofern durch diese Investitionen die Sicherheit der Radwegeverbindungen erhöht wurde.

Viele Menschen fühlen sich auf dem Rad, eingeengt zwischen parkenden Pkws und dem fließenden Auto- und Schwerlastverkehr, unwohl, unsicher und gefährdet. Auch für Einhörner ist der motorisierte Verkehr ein hoher Stressfaktor. In Fulda gibt es leider nicht viele Strecken, die für Radfahrende sicher sind. Das zeigt sich auch an den wiederkehrenden schlechten Benotungen im ADFC-Ranking.

Der Verkehrsentwicklungsplan wurde als Klimaschutzteilkonzept gefördert. Ein Ziel ist, den Radverkehrsanteil am Modal Split zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wird auf das am 29.04.2021 veröffentlichte Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 zum Klimaschutz[1] und das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 03.06.2021 gegen Deutschland zur Überschreitung von Grenzwerten (C-635/18)[2] hingewiesen. Dies sind weitere Gründe, in wirkliche Verbesserungen für den Radverkehr zu investieren – zusätzlich zu den geplanten Straßenbaumaßnahmen, bei denen der Radverkehr auch mitgedacht werden muss.

Jahrelange Erfahrung nährte vor einem Jahr meine Skepsis, ob diese für 2026 eingestellten Mittel für den "Radwegebau allgemein" auch wirklich in entsprechende Maßnahmen münden würden.

Daher beantragte ich: **"Sofern entsprechende Maßnahmen in dieser Höhe (450.000 €) nicht umgesetzt werden können, wird im Ausschuss zeitnah zu den Gründen berichtet."** Der Ausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr stimmte diesem Antrag am 19.11.2025 einstimmig zu.
Einen solchen Bericht gab es nicht. Das lässt darauf schließen, dass die 450.000 € tatsächlich in den "Radwegebau allgemein" investiert wurden. Welche Maßnahmen können beispielhaft genannt werden?

Hinweis:
Nur Anträge, zu denen noch kein Beschluss gefasst wurde, gelten mit dem Ende der Wahlperiode, in der sie eingebracht worden sind, als erledigt. § 16 Abs. 2 Satz 6 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Fulda.
Zum Berichtsantrag aus 2025 wurde jedoch ein Beschluss gefasst. So hätte im laufenden Jahr berichtet werden müssen, wenn die 450.000 Euro nicht in voller Höhe für den "Radwegebau allgemein" ausgegeben worden wären.

Radwegebau allgemein

Jahr	Rechnungs-ergebnis €	Haushalts-ansatz €	Landesförderung Ergebnis €	Gesamt-ausgabebedarf €
2018	1.449,00	150.000	0	150.000
2019	5.187,00	150.000	100.000	300.000
2020	8.851,33	270.000	748.600	421.450
2021	0,00	100.000	0	375.200
2022	0.00	200.000	211.600	408.900
2023	0,00	250.000	123.100	695.500
2024	4.604,08	10.000	0	755.500
2025	0,00	20.000	0	647.250
2026		450.000		1.090.100
2027		0		920.000 (920.100)
2026	Verpflichtungsermächtigung	300.000 (600.000)	bisher bereitgestellt	40.091
2027	Verpflichtungsermächtigung	0	bisher bereitgestellt	470.091
Summe	**20.091,41**	**1.600.000**	**1.183.300**	

[1] BVG-Urteil: 1 BvR 2656/18, 1 BvR 96/20, 1 BvR 78/20, 1 BvR 288/20, 1 BvR 96/20, 1 BvR 78/20 (Klimaschutz) vom 24.03.2021
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html
https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html
https://www.noerr.com/de/newsroom/news/klima-compliance-nach-bundesverfassungsgericht-und-rechtbank-den-haag-erhoht-auch-der-eugh-den-handlungsdruck

[2] https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=242041&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=35621525

Ute Riebold

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



75 12-10-10 BSA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 007/2026

Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eingg: 04. Nov. 2026

Fulda, den 03. November 2026

HAUSHALTSANTRAG - Sichere Radwege

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027 unter dem Produktbereich *12-10 Radwegebau allgemein* in der Höhe von 100.000€ für die Identifikation und Behebung gefährlicher Punkte im Radwegenetz der Gemeindestraßen in der Stadt Fulda.

BEGRÜNDUNG:

Fahrradfahren ist gesund und schützt das Klima. Zwei Effekte, die zum Radfahren motivieren und von Seiten der Stadt nur für gut befunden werden können.
Doch auch die Abhängigkeit vom Fahrrad als Fortbewegungsmittel, lässt Radwege zu einem zwingenden Bestandteil des Alltags vieler Menschen werden. Vor allem Kinder und Menschen ohne Zugriff auf Individual-Motorisierung sind in einer ländlich geprägten Region wie Fulda darauf angewiesen, für alltägliche Strecken das Fahrrad zu benutzen.

An vielen Stellen des Radwegenetzes ist es aber gefährlich, sich mit dem Fahrrad durch die städtischen Straßen zu bewegen.
Um das zu ändern und das Fahrrad zu einer sichereren Fortbewegungsoption in Fulda zu machen, soll ein Fokus der Investitionen der Stadt Fulda 2027 auf der Identifikation und Behebung von Gefahrenstellen im städtischen Radwegenetz liegen.

A. Kleespies

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

111 12-10-10 BSA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Eing.: 05. Nov. 2026

bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027

Betreff: „Fuldaer sichere Radwege“: Programm für geschützte Radfahrstreifen im Sinne der „Vision Zero“

ANTRAGSTEXT

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen der Bewirtschaftung des bestehenden Haushaltsplans ein gezieltes „Fuldaer Radweg-Sicherheitsprogramm“ zur Schließung gefährlicher Netzlücken und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit aufzulegen. Die Finanzierung erfolgt dabei durch Umschichtung im laufenden Budget für Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie durch konsequente Inanspruchnahme bestehender Förderprogramme.
Die Mittel sind prioritär für die Erfassung, Planung und bauliche Umsetzung an mindestens drei unfallträchtigen oder hochfrequentierten Hauptverkehrs- und Schulrouten einzusetzen. Folgende Maßnahmen stehen im Mittelpunkt:
Sichere Schulradwege: Gezielter Lückenschluss im Radwegenetz im direkten Einzugsgebiet weiterführender Schulen.
Pilotstrecke „Protected Bike Lane“: Einrichtung baulich getrennter Radspuren an hochfrequentierten Abschnitten mit hohem Verkehrsaufkommen wie die Leipzigerstraße oder die Heinrichstraße.
Gefahrenstellen-Markierung & Überwachung: Verbesserte Beschilderung und Piktogramm-Markierungen an Gefahrenstellen sowie konsequente verkehrsbehördliche Überwachung zur Vermeidung von Falschparken auf Radfahrstreifen.

BEGRÜNDUNG

Die Förderung des Radverkehrs ist eine Schlüsselfrage für Verkehrssicherheit, Klimaschutz und Lebensqualität in Fulda. Der Ausbau der Radinfrastruktur erfordert eine strategische Schwerpunktbildung, die den bundesweiten Zielen der „Vision Zero“ (keine Schwerverletzten und Getöteten im Straßenverkehr) konsequent Rechnung trägt, ohne den städtischen Haushalt zusätzlich zu belasten. Auf Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen reicht eine einfache Linienmarkierung oft nicht aus, um ein ausreichendes Sicherheitsempfinden zu gewährleisten. Baulich getrennte Radwege (Protected Bike Lanes) bieten effektiven Schutz vor Unfällen durch Dooring oder knappes Überholen. Flankierende Beschilderung und die konsequente Überwachung von Parkverboten stellen sicher, dass Schutzstreifen freigehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen,
Alain Kaffo
Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

96 12-10-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Eing: 04. Nov. 2026

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

den östlich der B27 gelegenen Fuß- und Radwegs (Feldmannweg / Schwarzer Weg) grundhaft zu sanieren.

Begründung:
Der Fuß- und Radweg ist eine als wichtige Verbindung von Lehnerz ins Schulviertel mit Domgymnasium, Freiherr-vom-Stein-Schule und den Beruflichen Schulen.

Am 23.05.23 hatte der Ortsbeirat Lehnerz einen Antrag zur Sanierung des östlich der B27 gelegenen Fuß- und Radwegs (Feldmannweg / Schwarzer Weg) gestellt. Dieser Antrag wurde mit der Herstellung der Barrierefreiheit zur Von-Stauffenberg-Straße hin nur zum Teil erledigt. Die provisorischen Verfüllungen der Schlaglöcher mit Asphalt sind ausgewaschen. Stattdessen sind viele neue tiefe Schlaglöcher entstanden, so dass die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer nicht mehr gegeben ist.

Daher hat der Ortsbeirat kürzlich einen Dringlichkeitsantrag in derselben Angelegenheit gestellt.

Nach unseren Informationen haben sich inzwischen wegen des schlechten Zustands mehrere Unfälle ereignet. Auch Anwohner aus Ziehers-Nord haben sich bei uns über den maroden und gefährlichen Zustand des Fuß- und Radwegs beklagt. Dieser Weg ist eine wichtige Verbindung von Lehnerz in das Schulviertel von Fulda. Auch viele Seniorinnen und Senioren nutzen ihn regelmäßig.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Robert Vey

(68) 12-10-10 BSA

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 · 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de · ute@riebold.eu

Fulda, 04.11.2026

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027

Beratung →BSA

Produkt 12-10-10 Bereitstellung von Gemeindestraßen

UR04

Stadtbild verbessern – Sitzen ohne Konsumzwang / Stadt für alle

Beschlussvorschlag
Um die Kastanie vor dem Haus Buttermarkt 9 wird wieder eine Sitzbank installiert.

Begründung
Vor einigen Jahren wurde die Sitzbank, die um diesen Baum herum befestigt war, klammheimlich entfernt, damit der Gastronomiebetrieb am Buttermarkt 18 noch mehr öffentlichen Straßenraum nutzen kann. Die Menschen dieser Stadt sowie die Besucher*innen brauchen auch öffentliche Sitzgelegenheiten im Straßenraum, insbesondere in Fußgängerzonen. Bänke, auf denen man ohne Konsumzwang sitzen kann und die auch außerhalb der Öffnungszeiten der Außengastronomie genutzt werden können. Auch vor dem Hintergrund der demografischen und klimatischen Entwicklungen sind weitere Bänke erforderlich. Der schattige Ort unter der Kastanie ist ein sehr guter Platz zum Rasten und Erholen.

Vergangenes Jahr wurde dieses Ansinnen mit den Stimmen von CDU AFD FDP abgelehnt. Bei denjenigen, die am 25. August 2026 der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtplanung, Klimaschutz und Mobilität in der Stadtgärtnerei beiwohnten, ist vielleicht ein Umdenken eingetreten, sofern der Bericht des Mitarbeiters des beauftragten Büros INKEK / Kassel zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes angekommen ist. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, wie wichtig öffentliche Sitzgelegenheiten im Stadtraum sind und dass diese an schattigen Orten, möglichst unter Bäumen, eingerichtet werden sollten, damit Menschen hier erholsam rasten können.

Ute Riebold

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin

Immerhin schönes Wetter.
Die PARTEI

Die PARTEI

105

12-60-10 BSA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin – Magistrat
Eing.: 05. Nov. 2026

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027

Betreff: Überdachtes und smartes Fahrradparkhaus mit E-Bike-Ladeinfrastruktur am Bahnhof

ANTRAGSTEXT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat im Haushaltsjahr 2027 die Errichtung eines überdachten, diebstahlsicheren Fahrradparkhauses mit mindestens 50 Stellplätzen und E-Bike-Lademöglichkeiten am Hauptbahnhof Fulda einleitet.

BEGRÜNDUNG

Der Hauptbahnhof ist der zentrale Mobilitätsknotenpunkt der Region. Ein sicheres Fahrradparkhaus fördert den Umstieg vom Auto auf die Kombination von Fahrrad und Bahn. Dies dient dem Klimaschutz und der Luftreinhaltung.

Durch Bundes- und Landesfördermittel von bis zu 90 % lässt sich das Projekt haushaltsneutral realisieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Kaffo

Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

(6) 12-70-10 BSA

Die Linke
Kreisverband Fulda

Stadtverordneter Robin Burkard

robin.burkard@die-linke-fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Stadtverordnetenvorsteherin Margarete Hartmann

Stadtschloss; Schlossstraße 1, 36037 Fulda

sv-gremien@fulda.de

Fulda, den 26.10.2026

Haushaltsanträge zum Haushaltsplan 2027 der Stadt Fulda

Antrag 06 – Verbindliche Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus („Taktfoll")

Der Haushaltsentwurf 2027 stellt den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs nach dem Konzept „Taktfoll" unter einen weitreichenden Machbarkeits- und Prüfvorbehalt und sieht lediglich eine schrittweise Umsetzung vor. Damit wird der Ausbau faktisch vertagt.

Für eine wachsende Stadt mit über 70.000 Einwohnern und erklärten Klimazielen ist das zu zögerlich. Betroffen ist Produkt 12-70-10 „Bereitstellung ÖPNV" (Position 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Ansatz 2027: 459.250 €).

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Ansatz im Produkt 12-70-10 „Bereitstellung ÖPNV" wird um 500.000 € erhöht.
2. Die Mittel sind zweckgebunden für die Umsetzung der ersten verbindlichen Stufe des Konzepts „Taktfoll" (Taktverdichtung und Angebotsausweitung auf nachfragestarken Linien) einzusetzen.
3. Der Magistrat legt bis zum 30.06.2027 einen verbindlichen Stufenplan mit Jahresscheiben vor.
4. Deckung: Mehrerträge aus Antrag 01 (Konto 5553000, Gewerbesteuer).

Begründung:

Der Entwurf verschiebt den ÖPNV-Ausbau durch einen weitreichenden Prüfvorbehalt faktisch in die Zukunft. Für eine wachsende Stadt mit Klimazielen ist das zu zögerlich.

Guter Nahverkehr ist Daseinsvorsorge und soziale Mobilität zugleich - gerade für Menschen, die kein Auto haben oder sich keines leisten können. Die Kosten von 500.000 € sind über die Mehrerträge aus Antrag 01 gedeckt.

Mit freundlichen Grüßen

Robin Burkard (Die Linke)

12-70-10 BSA

30

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178 mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 12-70-10
Berichtsantrag Dynamische Fahrgastanzeige

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die CDU-Stadtverordnetenfraktion beantragt einen Sachstandsbericht zur aktuellen Umsetzung der dynamischen Fahrgastanzeigen an Bushaltestellen im Stadtgebiet Fulda.

Begründung:
Die dynamischen Fahrgastanzeigen an Bushaltestellen der Stadt sind nicht nur ein Fortschritt in Sachen Digitalisierung, sondern sie tragen zu Barrierefreiheit im ÖPNV entscheidend bei. Seit mehreren Jahren modernisieren wir im gesamten Stadtgebiet nach und nach Bushaltestellen. Um die Entwicklung besser bewerten zu können, beantragen wir einen aktuellen Sachstand.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

50 12-70-10 BSA

Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2027

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Eing.: 04. Nov. 2026

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht	Unser Zeichen, Unsere Nachricht	Telefon, Name	Datum
			27.10.2026

Deutschlandticket: Wer bestellt, bezahlt
Mehrbelastung ermitteln, Nahverkehr überprüfen, Frauennachttaxi erproben

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt:

1. **Der Magistrat ermittelt die finanzielle Mehrbelastung der Stadt Fulda durch das Deutschlandticket seit dessen Einführung im Mai 2023. Darzustellen sind insbesondere die Fahrgeldausfälle im Stadtbusverkehr, soweit sie nicht durch Ausgleichsmittel von Bund und Land gedeckt sind, sowie deren Auswirkung auf den von der Stadt zu tragenden ÖPNV-Verlust im Tracking-Stock-Modell der RhönEnergie Fulda GmbH. Der Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31.03.2027 vorzulegen.**

2. **Die ermittelte Mehrbelastung wird nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt" gegenüber dem Bund geltend gemacht. Der Magistrat wird beauftragt, die Forderung über das Land Hessen, den Rhein-Main-Verkehrsverbund sowie den Hessischen und den Deutschen Städtetag einzubringen.**

3. **Bis der Bund die Mehrbelastung vollständig ausgleicht, untersucht der Magistrat den lokalen Nahverkehrsplan auf Einsparmöglichkeiten, insbesondere bei Linien und Fahrten mit geringer Auslastung in Schwachlastzeiten. Grundlage sind die vorhandenen Fahrgast- und Auslastungsdaten. Die Ergebnisse werden der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt und zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Jahr 2027 in einem befristeten Testbetrieb umgesetzt.**

4. **Um den möglichen Wegfall von Verbindungen auszugleichen, wird im Jahr 2027 ein Testbetrieb „Frauennachttaxi" durchgeführt: Frauen können zum Fuldaer Stadtfest, zum Weinfest und an den Freitagen und Samstagen des Weihnachtsmarktes ab Einbruch der Dunkelheit Taxifahrten innerhalb des Stadtgebiets zu einem Eigenanteil von 5 € pro Fahrt nutzen. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit den örtlichen Taxiunternehmen. Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31.03.2028 über Nutzung und Kosten.**

5. **Für den Testbetrieb nach Ziffer 4 werden im Produkt 12-70-10 „Bereitstellung ÖPNV" (Pos. 13, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten) 15.000 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Kürzung der im selben Ansatz veranschlagten Planungsmittel (355.000 €) um 15.000 €. Der Antrag ist damit haushaltsneutral.**

Begründung:

Das Deutschlandticket wurde vom Bund eingeführt. Mit der Änderung des Regionalisierungsgesetzes im November 2025 haben Bundestag und Bundesrat die Fortführung bis 2030 beschlossen. Bund und Länder stellen dafür jeweils 1,5 Mrd. € pro Jahr bereit. Dieser Zuschuss ist der Höhe nach festgeschrieben, während der Ticketpreis ab 2027 über einen Kostenindex steigen soll. Reichen die Mittel nicht aus, bleibt die Lücke bei Ländern, Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen und damit am Ende bei den Kommunen hängen.

Im Haushaltsentwurf 2027 steigt der Verlust, den die Stadt Fulda für den ÖPNV im Tracking-Stock-Modell der RhönEnergie Fulda GmbH zu tragen hat, von 5.428.000 € auf rund 6.055.000 €. Das ist ein Anstieg um rund 627.000 € bzw. 11,6 % innerhalb eines Jahres. Welcher Anteil davon auf das Deutschlandticket zurückgeht, ist bislang nicht ausgewiesen. Diese Transparenz ist Voraussetzung dafür, Forderungen gegenüber dem Bund überhaupt beziffern zu können.

Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede vom 1. Oktober 2026 selbst gefordert: *„Der Bund und die Länder müssen für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sorgen!"* und *„Deshalb braucht es vor allem auf der Bundesebene mehr Mut, Standards und Leistungsversprechen auf den Prüfstand zu stellen!"* Das Deutschlandticket ist ein solches Leistungsversprechen des Bundes. Dieser Antrag gibt dem Magistrat den Auftrag, die Forderung des Oberbürgermeisters mit konkreten Zahlen zu unterlegen.

Solange der Bund nicht zahlt, muss die Stadt angesichts eines ordentlichen Fehlbetrags von 34,6 Mio. € und eines formal erforderlichen Haushaltssicherungskonzeptes auch im eigenen Nahverkehr prüfen, wo Leistungen mit geringer Nachfrage wirtschaftlicher erbracht werden können. Ein befristeter Testbetrieb ermöglicht es, Einsparungen zu erproben und Auswirkungen auf die Fahrgäste zu bewerten, bevor dauerhafte Entscheidungen getroffen werden.

Werden Fahrten in den Abendstunden ausgedünnt, sind besonders Frauen betroffen, die nachts allein unterwegs sind. Bei Großveranstaltungen wie dem Stadtfest, dem Weinfest und dem Weihnachtsmarkt sind besonders viele Menschen spät auf dem Heimweg. Ein Frauennachttaxi erhöht die Sicherheit und schließt Lücken im Angebot gezielt dort, wo der Bedarf am größten ist. Das Modell hat sich in zahlreichen Städten bewährt. Die AfD-Fraktion hatte die Einführung bereits mit Antrag vom 10.07.2023 vorgeschlagen.

Bei geschätzt rund 14 Veranstaltungsnächten, durchschnittlich 50 Fahrten pro Nacht und einem städtischen Zuschuss von durchschnittlich 15 € pro Fahrt entstehen Kosten von rund 10.500 €. Mit dem Deckel von 15.000 € ist ausreichend Spielraum vorhanden. Die Deckung erfolgt innerhalb des Produkts ÖPNV aus den Planungsmitteln, die gegenüber dem Rechnungsergebnis 2025 von rund 50.000 € auf 355.000 € steigen.

Mit freundlichen Grüßen
Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

76

12-70-10

BSA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 008/2026

Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eingg: 04. Nov. 2026

Fulda, den 03. November 2026

HAUSHALTSANTRAG - ÖPNV-Teilhabe

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027, für die Grundlagen-Ermittlung zur Schaffung eines Angebots an ÖPNV-Tickets für Menschen mit geringem Einkommen.

BEGRÜNDUNG:

Für Menschen mit geringem Einkommen (Bürgergeld, Wohngeld, Sozialhilfe/Grundsicherung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, ...) gibt es in Fulda durch hessische Regelungen die Vergünstigungs-Möglichkeit, den Hessenpass mobil für den monatlichen Preis (ab 01. Januar 2027) von 57,80 € zu erwerben.
Schüler*Innen sowie Student*innen, Auszubildende und Personen ab 65 Jahren können das Schülerticket oder Seniorenticket Hessen im Abonnement-Modell für monatlich 33,80€ nutzen.

Für viele Menschen ist das deutlich zu viel.
Wer nur gelegentlich Alltagsfahrten mit dem Bus zu bewältigen und wenig Geld zur Verfügung hat, kann sich das Einzel-Ticket z.B. zwischen Wohnung und Klinikum oft nicht leisten.
Die Stadt Fulda sollte dafür Sorge tragen, dass alle Menschen ihren Alltag im Stadtgebiet unter guten Bedingungen absolvieren können.

A. Kleespies

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

89 12-70-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD
FULDA

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

an den vier Adventssamstagen eine kostenlose Benutzung der Stadtbusse anzubieten.

Begründung:
Ein attraktiver ÖPNV ist ein wesentlicher Beitrag zur Herbeiführung der Verkehrswende. Viele Bewohner der Stadt nutzen jedoch nie oder sehr selten den ÖPNV. Neben der Verbesserung des Angebotes ist daher auch eine Steigerung der Akzeptanz notwendig. Ein niederschwelliger Anreiz in Form einer kostenlosen Beförderung an vier Wochenenden soll die Vorteile einer Busbenutzung herausstellen.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Robert Vey

7

13-10-10
14-10-10

BSA

Die Linke
Kreisverband Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Stadtverordneter Robin Burkard

robin.burkard@die-linke-fulda.de

Stadtverordnetenvorsteherin Margarete Hartmann

Stadtschloss; Schlossstraße 1, 36037 Fulda

sv-gremien@fulda.de

Fulda, den 26.10.2026

Haushaltsanträge zum Haushaltsplan 2027 der Stadt Fulda

Antrag 07 - Kommunales Budget für Klimaanpassung und Hitzevorsorge

Der Oberbürgermeister benennt in seiner Haushaltsrede den Hitzesommer 2026 und den erstmaligen Trinkwassernotstand. Im Zahlenwerk fehlt jedoch ein bezifferter, verbindlicher Mittelansatz für kommunale Klimaanpassung und Hitzevorsorge.

Diese Lücke zwischen Lagebeschreibung und konkreten Haushaltsmitteln ist zu schließen. Dabei sind konsumtive Maßnahmen (laufende Pflege, Betrieb von Trinkbrunnen) und investive Maßnahmen (Baumpflanzungen, Entsiegelung, Anschaffungen) buchungstechnisch zu trennen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Produkt 14-10-10 „Umweltschutzmaßnahmen" (Ergebnishaushalt) wird ein zweckgebundener konsumtiver Ansatz „Klimaanpassung und Hitzevorsorge" in Höhe von 150.000 € eingestellt (u. a. laufende Pflege, Betrieb von Trinkbrunnen, Beschattung, Kommunikation kühler Orte).
2. Im Teilfinanzhaushalt 13-10-10 „Öffentliche Park- und Grünanlagen" bzw. im Investitionsprogramm wird ein investiver Ansatz in Höhe von 250.000 € für Stadtbegrünung, Baumpflanzungen und Entsiegelung mit Schwerpunkt in dicht bebauten Stadtteilen eingestellt.
3. Deckung: Mehrerträge aus Antrag 01 (Konto 5553000, Gewerbesteuer). Der investive Anteil kann ergänzend über die Investitionspauschale bzw. zweckgebundene Landes- und Bundesförderung zur Klimaanpassung finanziert

werden; der Magistrat wird beauftragt, entsprechende Fördermittel zu beantragen.

Begründung:

Der Oberbürgermeister benennt den Hitzesommer 2026 und den erstmaligen Trinkwassernotstand selbst. Dieser Befund muss im Haushalt mit einem konkreten, bezifferten Mittelansatz beantwortet werden – sonst bleibt Klimaanpassung eine Sonntagsrede.

Hitzevorsorge ist zudem eine Gesundheitsfrage, die besonders ältere Menschen und Kinder schützt. Die Trennung in einen konsumtiven und einen investiven Anteil entspricht den Vorgaben des doppischen Haushaltsrechts (Ergebnis- und Finanzhaushalt). Unterlassene Klimaanpassung verschiebt teurere Rechnungen in die Zukunft. Die Mittel sind über die Mehrerträge aus Antrag 01 und über Fördermittel gedeckt.

Mit freundlichen Grüßen

Robin Burkard (Die Linke)

31

13-10-10 BSA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178
mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 13-10-10
Berichtsantrag Umgestaltung der Marktstraße

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

für die Umgestaltung der Marktstraße ist ein Gesamtausgabebedarf in Höhe von 230.000 € vorgesehen.

Die CDU-Fraktion stellt im Rahmen der Haushaltsberatungen zu dem o.g. Produktbereich einen Berichtsantrag zum Planungsstand.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

70

13-10-10 BSA

Ute RIEBOLD

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Die PARTEI Stadtverordnete
Ute Riebold
Heinrichstraße 10
36037 Fulda
0661 90 15 236 · 0170 6 123 181
ute@die-partei-fulda.de · ute@riebold.eu

Fulda, 04.11.2026

Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2027

Beratung →BSA

Produkte 12-10-10 Bereitstellung von Gemeindestraßen + 13-10-10 Öffentliche Park- und Grünanlagen

UR06

Stadtbild verbessern – Bäume nachpflanzen

Beschlussvorschlag
Gefällte Bäume werden grundsätzlich nachgepflanzt. Zudem muss gelten, einen Baum nur dann zu fällen, wenn dieser durch Erhaltungsmaßnahmen nicht gerettet werden kann. Sofern der bestehende Haushaltsansatz nicht ausreichend ist, wird dieser entsprechend erhöht.

Begründung
Im Oktober wurden innerhalb weniger Tage mal wieder sehr viele mächtige Bäume im Straßenraum und in der Fuldaaue gefällt. Beispielsweise:

- Hinter dem Bildstock Hl. Bardo (an der Hecke zum Garten des Umweltzentrums).
- Vor dem Gebäude Heinrichstraße 55.
- Vor dem Gebäude Heinrichstraße 57.
- Vor dem Gebäude Heinrichstraße 59.
- Vor dem Gebäude Heinrichstraße 65. Dieser Baum scheint schon vor längerer Zeit gefällt worden zu sein. Nachgepflanzt wurde noch nicht.
- Vor dem Gebäude Heinrichstraße 73.
- Vor dem Gebäude Rabanusstraße 14 (Sparkasse).
- Vor dem Gebäude Rabanusstraße 16 (Vitalia).
- Vor dem Gebäude Bahnhofstraße 12 (Douglas).
- Vor dem Gebäude An der Richthalle 1 (Bahn) wurden 3 Bäume gefällt.

Die Aufzählung kürzlich gefällter Bäume ist nicht vollständig.

Am 25. August 2026 berichtete ein Mitarbeiter des beauftragten Büros INKEK / Kassel während der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Stadtplanung, Klimaschutz und Mobilität zum aktuellen Sachstand hinsichtlich der Erstellung des Klimaanpassungskonzeptes. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, wie wichtig Bäume auch im Stadtraum sind und dass Neuanpflanzungen die vielfältigen ökologischen und klimatischen Funktionen alter Bäume erst nach vielen Jahren ausgleichen können.

Ute Riebold

Ute Riebold – Die PARTEI

Ein echter Satiriker kann nur ein Mensch sein,
der im Herzensgrund die Menschen liebt.
Charlie Chaplin



45 13-30-10 BSA

Stadt Fulda FDP | FREIE WÄHLER Stadt Fulda | FGG FULDA GEMEINSAM GESTALTEN

FDP/FW/FGG Stadtverordnetenfraktion Fulda · Auf der Röd 11 · 36041 Fulda

Stadt Fulda
Büro der Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Margarete Hartmann
Schlossstr. 1
36037 Fulda

Eing. 04. Nov. 2026

FDP/FW/FGG
Stadtverordnetenfraktion Fulda

Auf der Röd 11 - 36041 Fulda
Tel. +49 170 81031730
Mail. michael.th.grosch@gmail.com

Sparkasse Fulda
IBAN: DE14 5305 0180 0000 0531 12
BIC: HELADEF1FDS

Fulda, 02.11.2026

Haushaltsantrag zum Haushalt 2027
Friedhofssatzung weiterentwickeln

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die FDP/FW/FGG-Stadtverordnetenfraktion Fulda beantragt:

Der Magistrat prüft eine mögliche Änderung der Friedhofssatzung zur Verfolgung der folgenden Ziele:

- Zusätzliche Grabformen ermöglichen
  Bislang nicht vorgesehene Grabformen, z.b. Kolumbarien zur Beisetzung von Urnen, sollen bedarfsgerecht in die Satzung aufgenommen werden.

- Moderne Bewässerung ermöglichen
  Die Voraussetzungen für den Einsatz automatisierter Bewässerungssysteme, insbesondere von Gießrobotern, sollen geschaffen werden.

- Eine digitale Friedhofskarte einrichten
  Eine digitale Friedhofskarte soll die Orientierung erleichtern und Informationen zu Grabfeldern, Wegen und Einrichtungen zugänglich machen.

- Grabsteine erhalten und Flächen begrünen
  Es soll ermöglicht werden, Grabsteine nach Ablauf der Nutzungszeit zu erhalten, sofern die betreffenden Flächen nicht für neue Bestattungen oder andere Friedhofszwecke benötigt werden. Die zugehörigen Grabflächen sollen als Rasenflächen angelegt werden können.

- Ergänzende Kultur- und Bildungsangebote regeln
  Die Möglichkeiten für angemessene ergänzende Angebote wie historische Führungen, Lesungen sowie Natur- und Bildungsprojekte sollen ausdrücklich geregelt werden. Bestehende Angebote und örtliche Kooperationspartner sind dabei einzubeziehen.
  Bestattungen, Trauer und persönliches Gedenken haben stets Vorrang. Ergänzende Nutzungen sind durch klare Vorgaben zu Ort, Zeit, Umfang und Lautstärke so zu begrenzen, dass die Friedhofsruhe und der würdevolle Charakter der Anlagen gewahrt bleiben.

Begründung

Die Bestattungskultur wandelt sich. Neben traditionellen Grabstätten wächst das Interesse an unterschiedlichen Formen des Abschieds und des Gedenkens. Die Entwicklung in Rheinland-Pfalz, wo unter gesetzlichen Voraussetzungen auch das Ausbringen von Totenasche auf Privatgrundstücken möglich ist, verdeutlicht diese Öffnung.

Fulda sollte diesen Impuls aufgreifen und im Rahmen des hessischen Rechts zusätzliche, am örtlichen Bedarf ausgerichtete Wahlmöglichkeiten schaffen.

Zugleich können moderne Bewässerungssysteme und eine digitale Friedhofskarte die Pflege und Nutzung der Friedhöfe erleichtern. Der Erhalt von Grabsteinen auf vorerst nicht benötigten Flächen kann persönliche Erinnerungsorte bewahren und das gewachsene Erscheinungsbild der Anlagen erhalten.

Friedhöfe sind Orte der Bestattung, der Erinnerung und der Ruhe. Darüber hinaus besitzen sie als historische Anlagen, Grünräume und Zeugnisse der Stadtgeschichte einen besonderen Wert. Eine behutsame Öffnung für geeignete Kultur-, Natur- und Bildungsangebote kann diese Qualitäten zugänglich machen. Bestehende Angebote und örtliche Kooperationen bieten hierfür wertvolle Anknüpfungspunkte. Verbindliche Regeln müssen sicherstellen, dass die Bedürfnisse Trauernder und der würdevolle Charakter der Friedhöfe jederzeit gewahrt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Grosch
Fraktionsvorsitzender

18 14-10-10 BSA

[Emily Charlotte Rödel – die Linke KV Fulda – charlie.roedel@die-linke-fulda.de – Schumannstraße 43, 36043 Fulda]

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Linke KV Fulda
Emily Charlotte Rödel
Schumannstraße 43
36043 Fulda
Charlie.roedel@die-linke-fulda.de

Eing.: 03. Nov. 2026

Haushaltsantrag

14-10-10

Beschattung, Abkühlung, Klimaanpassung...

Beschlussvorschlag:

1. Es werden 100.000 für mobile Begrünung und Beschattung des Uniplatzes im Haushalt 2027 bereitgestellt. Ziel sind mobile, begrünte Schattenmodule, die natürliche Beschattung und attraktive Aufenthaltsmöglichkeiten durch die Kombination von Pflanzen und Sitzmöglichkeiten schaffen
2. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Systeme zu prüfen. Als Vorbild sollen unter anderem die begrünten „Corolla"-Elemente dienen, die Begrünung Verschattung und Aufenthaltsbereiche miteinander verbinden.
3. Die Gestaltung soll möglichst naturnah und ressourcenschonen erfolgen. Dabei sind klimaangepasste Pflanzen, wassersparende Bewässerung und möglichst die Nutzung von Regenwasser vorzusehen.
4. Für die Umsetzung ist die Verwendung von Mitteln des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaschutz des Bundesministeriums zu prüfen und bei Möglichkeit zu nutzen.

Begründung

Der Uniplatz heizt sich aufgrund seiner weitgehend versiegelten Oberfläche im Sommer stark auf. Gleichzeitig fehlen schattige Aufenthaltsmöglichkeiten. Eine klassische Entsiegelung und Baumpflanzung sind wegen des darunterliegenden Parkhauses nur schwer umsetzbar. Feste Überdachungen würden zudem die vielfältige Nutzung des Platzes für Konzerte, Demonstrationen, Aktionstage und den Weihnachtsmarkt einschränken. Mobile, begrünte Schattenmodule bieten hier eine flexible Alternative. Sie verbinden natürliche Beschattung, Verdunstungskühlung und Sitzgelegenheiten und können bei Veranstaltungen umgestellt oder entfernt werden. Ein Vorbild sind die begrünten „Corolla"-Elemente, die speziell für versiegelte öffentliche Räume entwickelt wurden. Mit fünf Modulen soll eine zusammenhängende grüne Aufenthaltszone entstehen, die das Mikroklima verbessert und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöht. Zugleich kann das Projekt als Pilotmaßnahme dienen, deren Erfahrungen auch für weitere öffentliche Plätze in Fulda genutzt werden können.

[Emily Charlotte Rödel – die Linke KV Fulda – charlie.roedel@die-linke-fulda.de – Schumannstraße 43, 36043 Fulda]

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Linke KV Fulda
Emily Charlotte Rödel
Schumannstraße 43
36043 Fulda
Charlie.roedel@die-linke-fulda.de

Symbolbild:



Emily Charlotte Rödel, die Linke KV Fulda, 02.11.2026

14-10-10 BSA

(32)

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178
mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Eing.: 06. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 14-10-10
Realisierung konkreter Maßnahmen zum Hitzeschutz und widerstandsfähige Gestaltung des Esperantoplatzes

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Hitzebelastung und somit die mangelnde Aufenthaltsqualität am Esperantoplatz ist eine zunehmende Herausforderung. Für den Tourismus in Fulda könnten hier Verbesserungen erzielt werden.

Die CDU-Fraktion beantragt zum Haushalt 2027 die Realisierung konkreter Maßnahmen zum Hitzeschutz und widerstandsfähige Gestaltung dieses Platzes, insbesondere hinsichtlich Verschattung und Begrünung. Dies soll möglichst aus eingestellten Mitteln geschehen.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

93 14-10-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD
FULDA

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

ein Gesamtkonzept für die Bepflanzung des Bonifatiusplatzes, der Friedrichstraße und der Löherstraße zu erarbeiten, das den Lieferverkehr und Blaulichtverkehr sowie die bereits vorhandene gastronomische Nutzung weiterhin ermöglicht.

Für diese Erarbeitung des Gesamtkonzeptes sind Honorarkosten von 20.000 € in den Haushalt einzustellen.

Begründung:
In diesem Sommer wurde die Notwendigkeit eines Hitzeschutzes ganz deutlich.

Nach Auskunft des Magistrats ist jedoch die Begrünung des Uniplatzes nur begrenzt möglich.
Hingegen wäre die Umwidmung von zahlreichen Flächen zu verkehrsbegrenzten Zonen und deren Bepflanzung sinnvoll. So kann der Bonifatiusplatz zu einem mit Bäumen bepflanzten Areal mit Bänken umfunktioniert werden, sodass hierdurch das Stadtklima verbessert werden könnte. Durch die Schaffung von Fußgängerzonen in der Friedrich- und Löherstraße können dort Bäume dauerhaft bepflanzt werden, die zudem künftig Schatten für die dortige Gastronomie spenden könnten

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Dr. Szymon Mazur

42 14-10-10 BSA

FDP Stadt Fulda | FREIE WÄHLER Stadt Fulda | FGG
STADTVERORDNETENFRAKTION FULDA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Eing: 03. Nov. 2026

Fulda, den 02.11.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 14-10-10
Klimaschutzfonds für Fulda

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion und die Fraktion FDP-Freie Wähler-FGG beantragen, im Haushalt 2027 100.000€ für die Einrichtung des Klimaschutzfonds der Stadt Fulda bereitzustellen.
Die entsprechenden erforderlichen Förderrichtlinien sind zu erarbeiten und im Verlauf von 2027 zu veröffentlichen, damit zeitnah erste Förderanträge gestellt werden können.

Begründung
Mit der, durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzepts hat sich die Stadt Fulda bereits darauf verständigt, einen Klimaschutzfonds einzurichten. Nun gilt es, diesen Beschluss im Jahr 2027 mit konkreten Mitteln umzusetzen.
Der Fonds soll dazu beitragen, Fulda fit für die Herausforderungen des Klimawandels zu machen und konkrete Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen vor Ort zu ermöglichen.

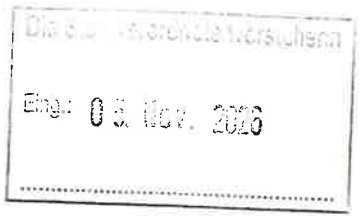
Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende CDU)

Marie-Louise Puls
(Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen)

Michael Grosch
(Fraktionsvorsitzender FDP-FW-FGG)

104 14-10-10 BSA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de



bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027

Betreff: Erstellung eines städtischen Klimaschutz- und Vorsorgekonzepts für Extremwetterlagen („Aktionsplan Kalte Tage und Kälteschutz")

ANTRAGSTEXT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat beauftragt wird, ein umfassendes kommunales Klimaschutz- und Vorsorgekonzept für extrem kalte Tage („Kälteschutz-Aktionsplan") zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31. Dezember 2027 vorzulegen als Ergänzung zum aktuell geltenden Klimaschutzkonzept (IKSK).

Das Konzept soll insbesondere folgende Bausteine beinhalten: Überprüfung und flexible Erweiterung der Unterbringungskapazitäten sowie die Aufhebung von Tagesschließungen städtischer Notunterkünfte bei Dauerfrost; Einrichtung niederschwelliger, barrierefreier „Wärmestuben" und Ruheinseln (in Kooperation mit Kirche und Sozialträgern); Bereitstellung städtischer Sach- und Logistikmittel zur Unterstützung ehrenamtlicher Kältebus-Initiativen; sowie die Einrichtung eines kommunalen Warn- und Infosystems. Für die Konzeptionierung und die initiale Bereitstellung eines Sachmittel-Notfallfonds werden im nächsten Haushaltsplan entsprechende Mittel eingestellt.

BEGRÜNDUNG

Extremwetterereignisse infolge des Klimawandels umfassen neben Sommerhitze auch lang anhaltende Frost- und Kälteperioden im Winter, die für obdachlose, ältere und isoliert lebende Menschen eine unmittelbare Lebensgefahr darstellen. Als Stadt mit einem reichen christlich-humanistischen Erbe trägt Fulda die ethische Verantwortung, schutzbedürftigen Mitmenschen Zuflucht und Wärme zu bieten.

Ein ganzheitlicher Klimaanpassungsplan muss sowohl den Schutz vor Sommerhitze als auch den Schutz vor Kälteextremen umfassen. Wie Best-Practice-Beispiele (z. B. Stadt Nürnberg) belegen, schont die Bündelung von Ressourcen mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Initiativen den Haushalt und hilft direkt vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Kaffo

Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

37

14-10-10 BSA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178
mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03 Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 15-10-10
Berichtsantrag zur Fortführung des Konzepts „effiziente und nachhaltige städtische Logistik für die Stadt Fulda“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

Die CDU-Fraktion beantrag einen Bericht über die weiteren Planungen zur Umsetzung des in 2023 vorgestellten städtischen Logistikkonzepts.

Welche Maßnahmen wird die Stadt zur Umsetzung im nächsten Schritt veranlassen und wie sieht die zeitliche Planung zur Umsetzung aus?

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)

49 14-10-10 BSA

Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2027

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Eing.: 04. Nov. 2026

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht	Unser Zeichen, Unsere Nachricht	Telefon, Name	Datum
			27.10.2026

Freiwillige Klimaprogramme aussetzen => Kreditaufnahme senken

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt, den Entwurf des Haushaltsplans 2027 wie folgt zu ändern:

1. **Produkt 14-10-10 Umweltschutzmaßnahmen, Investition „E-Bike Sharing Stationen“: Der Ansatz 2027 in Höhe von 100.000 € wird gestrichen. Die in der Finanzplanung 2028 bis 2030 vorgesehenen Mittel von jeweils 15.000 € entfallen ebenfalls.**

2. **Produkt 14-10-10 Umweltschutzmaßnahmen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13): Der Ansatz wird von 324.400 € auf das Rechnungsergebnis 2025 von rund 271.200 € begrenzt. Die Fortschreibung der Treibhausgasbilanz und die Agenda-Maßnahmen entfallen. Gesetzlich vorgeschriebene Gutachten im Boden- und Immissionsschutz sowie die kommunale Wärmeplanung bleiben unberührt.**

3. **Produkt 01-15-30 Gebäudebetrieb, Investition „Sonderprogramm Transformation erneuerbarer Energie“: Der Ansatz 2027 in Höhe von 198.000 € wird gestrichen. Die in der Finanzplanung 2028 bis 2030 vorgesehenen Mittel von jeweils 150.000 € werden bis zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts ausgesetzt.**

4. **Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen nach § 2 der Haushaltssatzung wird um 298.000 € auf 48.702.000 € reduziert.**

Einsparungen im Überblick:

Maßnahme	2027	2028–2030	Wirkung
E-Bike Sharing Stationen (14-10-10)	100.000 €	45.000 €	Finanzhaushalt / Kredit
Sach- und Dienstleistungen (14-10-10)	53.200 €	–	Ergebnishaushalt / Defizit
Sonderprogramm Transformation erneuerbarer Energie (01-15-30)	198.000 €	450.000 €	Finanzhaushalt / Kredit
Summe	**351.200 €**	**495.000 €**	
Gesamteinsparung 2027 bis 2030	**846.200 €**		

Begründung:

Der Haushaltsentwurf 2027 weist im ordentlichen Ergebnis einen Fehlbetrag von 34,6 Mio. € aus. Nach der mittelfristigen Ergebnisplanung summieren sich die Fehlbeträge der Jahre 2026 bis 2030 auf 165,5 Mio. €. Der Zahlungsmittelbestand sinkt bis Ende 2027 auf rechnerisch 5,2 Mio. €, gleichzeitig sind Investitionskredite von 49 Mio. € veranschlagt. Der Vorbericht stellt selbst fest, dass sich gem. § 92a HGO formal die Erforderlichkeit zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ergibt. Der Zinsaufwand hat sich gegenüber dem Rechnungsergebnis 2025 von 2,7 Mio. € auf 6,8 Mio. € mehr als verdoppelt.

Der Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede vom 2. Oktober 2026 erklärt, dass bei der notwendigen Konsolidierung „zunächst alle Einsparmöglichkeiten" ausgeschöpft werden müssen und bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts der „Blick auf das Machbare" zu richten ist. Die Investitionsvorhaben seien „noch kritischer" zu prüfen. Dieser Antrag setzt genau das um.

Für das E-Bike-Sharing ist ein Gesamtausgabebedarf von 345.000 € vorgesehen, 200.000 € davon wurden bereits 2026 bereitgestellt. Dem standen im Jahr 2025 Erträge von lediglich 22.408 € gegenüber. Ein weiterer kreditfinanzierter Ausbau des Stationsnetzes ist in der aktuellen Haushaltslage nicht vertretbar.

Der Ansatz für Sach- und Dienstleistungen im Produkt Umweltschutzmaßnahmen liegt um rund 53.200 € bzw. rund 20 % über dem Rechnungsergebnis 2025. Eine erneute Fortschreibung der Treibhausgasbilanz sowie die Agenda-Maßnahmen sind freiwillige Leistungen ohne gesetzliche Verpflichtung. Die Pflichtaufgaben des Umweltschutzes werden durch die Begrenzung nicht berührt.

Das Sonderprogramm „Transformation erneuerbarer Energie" weist einen Gesamtbedarf von 845.000 € aus. Unabhängig davon finanziert der Haushalt im Produkt 01-15-10 eigene Mittel für Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden. Ein zusätzliches, vollständig kreditfinanziertes Sonderprogramm ist zurückzustellen, bis der Haushalt wieder ausgeglichen ist.

Der Haushaltsentwurf sieht im Sozial- und Erziehungsdienst eine Reduzierung um rund 16 Stellen vor. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar, bei der Kinderbetreuung zu kürzen und zugleich freiwillige Zusatzprogramme mit neuen Krediten zu finanzieren. Jeder Euro, der nicht als Kredit aufgenommen wird, entlastet künftige Haushalte dauerhaft von Zins- und Tilgungslasten.

Mit freundlichen Grüßen
Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

73 14-10-10 BSA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 005/2026

Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, den 03. November 2026

HAUSHALTSANTRAG - Klimazwilling

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027 in Höhe von 5.000€ für den Prozess der Identifikation eines Klima-Zwillings der Stadt Fulda.
Die Identifikation kann unter Zuhilfenahme der Expertise von Fachstellen, wie dem Umweltbundesamt oder dem Deutschen Wetterdienst erfolgen. Über die Identifikation hinaus sollen erste Netzwerkstrukturen gebaut und etabliert werden, die der Verwaltung mit Wissen und Erfahrungswerten zur Seite stehen.

BEGRÜNDUNG:
Das Klima verändert sich auch in der Stadt Fulda. Deshalb ist es wichtig, die Stadtplanung resilient und zukunftsfähig aufzustellen, um unsere und die Lebensgrundlage folgender Generationen zu schützen.

Dazu gibt es das Konzept der *Klimazwillinge* oder *Klimaanalogien*.
Dieses Konzept verfolgt den Ansatz, dass ein für Fulda prognostiziertes Klima, z.B. im Jahr 2100, an einem anderen Ort auf der Welt bereits heute besteht. Durch den Austausch auf Verwaltungsebene können so schon heute in Städten Entscheidungen getroffen werden, die perspektivisch auch mit dem Klima im Jahr 2100 kompatibel sind.
Ein praktisches Beispiel wäre dabei die Wahl von Baumarten für Neuanpflanzungen.

BEISPIEL:
Eine Stadt, die dieses Konzept bereits erfolgreich nutzt, ist Düsseldorf. Hier wird sich das Wetter prognostiziert bis ins Jahr 2100 ähnlich entwickeln, wie das Klima in Toulouse (Frankreich) heute. Durch einen intensiven Austausch kann Düsseldorf von den Erfahrungen und dem Wissen aus Toulouse begleitet, vorausschauendere Entscheidungen für die Zukunft treffen.
Auch Toulouse steht in Vorbereitung auf seine zukünftige klimatische Situation mit seinem Zwilling Tunis im Austausch.

A. Kleespies

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

77

14-10-10 BSA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda | Antrag Nr. 009/2026
Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eingg.: 04. Nov. 2026

Fulda, den 03. November 2026

HAUSHALTSANTRAG - mobile Verschattungselemente Innenstadt

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027, für die Anschaffung und Unterhaltung von mobilen Sitzgelegenheiten mit Verschattungs-Einrichtungen mittels Begrünung.

BEGRÜNDUNG:
Die Sommer in Fulda werden immer heißer und damit steigt auch die Hitzebelastung der Menschen und der verbliebenen Natur in besiedelten Gebieten.
Durch einen hohen Anteil versiegelter Flächen und unterirdischer Bauten, durch Entscheidungen in der Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten, ist eine Entsiegelung an vielen Stellen nicht möglich (z.B. Bahnhofsstraße Fulda, Universitätsplatz Fulda, ...)
Um an diesen Orten die Aufenthaltsqualität zu steigern, eignen sich mobile Sitzgelegenheiten mit Bepflanzungs-Elementen zur Verschattung und als Pausenplatz.
Um die Elemente im Winter gut einlagern zu können, ist ein System mit demontierbaren Rankhilfen denkbar, wodurch eine gestapelte platzsparende Lagerung der Möbel für die Wintermonate möglich wird.





Beispiel: 2 Fotografien aus der Stadt Frankfurt /Main 2026

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

86 14-10-10 BSA

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Stadtverordnetenfraktion Fulda

SPD – Stadtverordnetenfraktion, Vor dem Peterstor 10 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36010 Fulda

Die Stadtverordnetenversammlung
Eing.: 04. Nov. 2026

Vor dem Peterstor 10
36037 Fulda

spd-fraktion.fulda@t-online.de

Fulda, 4. November 2026

Antrag zum Haushalt 2027

Die SPD-Fraktion beantragt,

den Hitzeschutz für die Menschen in den Fuldaer Krankenhäusern, in Pflegeheimen, in Kindergärten und Schulen zu verstärken.

Hierzu soll die Verwaltung im ersten Quartal 2027 ein Konzept entwickelt, wie dies in den Einrichtungen sinnvoller Weise umgesetzt werden kann.

Die Einrichtungen sollten auch mit finanziellen Mitteln für den Einsatz von mobilen und teilstationären Klimaanlagen unterstützt werden. Die von der Landesregierung bereitgestellten Mittel (Hitzemittel für Hessen) und Mittel aus dem Bundesprogramm Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen (AnPaSo) sind einzubeziehen.

Jonathan Wulff
- Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:
Robert Vey

40 15-20-10 BSA

FDP Stadt Fulda | FREIE WÄHLER Stadt Fulda | FGG
STADTVERORDNETENFRAKTION FULDA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Eingegangen 03. Nov. 2026

Fulda, den 02.11.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 15-20-10
WC-Konzept in der Fulda-Aue

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU sowie FDP-Freie Wähler-FGG beantragen, ein WC-Konzept für die Fulda-Aue zu erstellen, das eine bedarfsgerechte Nutzung der bestehenden Toilettenanlagen im gesamten Auenbereich ermöglicht und die derzeitige Situation vor Ort verbessert.

Aus dem Konzept soll klar hervorgehen, welche WC-Anlagen sich in der Fulda-Aue befinden, zu welchen Zeiten sie genutzt werden können, von wo aus sie zugänglich sind und welcher Bedarf für zusätzliche Angebote oder eine Umstrukturierung bestehender Anlagen besteht. Dabei sollen insbesondere die Anforderungen an ein Sport- und Naherholungsgebiet mit unterschiedlichen Nutzungsgruppen und Aufenthaltsdauern berücksichtigt werden.

Begründung

Die Fulda-Aue ist ein bedeutendes Sport- und Naherholungsgebiet für die Stadt Fulda. Der Hessentag und die Landesgartenschau haben das Potenzial des Areals eindrucksvoll gezeigt. Die vielfältigen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten führen dazu, dass sich viele Menschen auch über längere Zeiträume dort aufhalten.

Eine gut erreichbare und verlässlich nutzbare Toiletteninfrastruktur ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der Aufenthaltsqualität. Gerade Familien mit Kindern, Sporttreibende und andere Besucherinnen und Besucher sind darauf angewiesen, Toilettenanlagen in Reichweite nutzen zu können.
Ein WC-Konzept soll Transparenz über die bestehenden Angebote schaffen, Versorgungslücken aufzeigen und eine Grundlage für Verbesserungen bieten. Ziel ist es, die Nutzbarkeit und Attraktivität der Fulda-Aue als Sport- und Naherholungsgebiet langfristig zu stärken.

FDP Stadt Fulda | FREIE WÄHLER Stadt Fulda | FGG
STADTVERORDNETENFRAKTION FULDA

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende CDU)

Marie-Louise Puls
(Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen)

Michael Grosch
(Fraktionsvorsitzender FDP-FW-FGG)